

Interactive comment on “Neue Geographien des Vertrauens/ Misstrauens – Die westdeutsche Volkszählungsboykottbewegungen der 1980er-Jahre” by M. Hannah

M. Hannah

Received and published: 25 June 2007

Zuerst möchte ich mich bei den Reviewern für ihre Arbeit bedanken. Sie haben beide offensichtlich viel Zeit verwendet, um das Argument zu durchdenken und nützliche Vorschläge anzubringen. Obwohl ich nicht allem zustimme, was sie diagnostiziert bzw. vorgeschlagen haben, sind ihre Kommentare bei meinen eigenen Überlegungen äusserst hilfreich gewesen. Als Einleitung zum Response sind einige Vorbemerkungen zu der Entstehungsgeschichte des eigenen Beitrags dringend nötig. Ich habe vor einigen Jahren in Heidelberg einen Vortrag im Rahmen der Konferenz ‘Knowledge and Space’ gehalten, in dem ich für die Anwesenden einen Überblick über die Volkszählungsboykottbewegungen der 80er Jahren skizziert habe. Unter den ZuhörerInnen befanden sich manche, die sich sehr deutlich an diese Geschehnisse erinnerten. Ein

S85

Zuhörer hat aufgrund seiner damaligen Erfahrungen die Ansicht vertreten, dass die Auseinandersetzung im Grunde mit fehlendem Staatsvertrauen, besonders unter den Jugendlichen, zu erklären sei. Dieser Behauptung maß ich zuerst keine grosse Bedeutung bei, weil das, was mich im laufenden Forschungsprojekt interessierte (und noch interessiert), weniger die persönliche Erfahrungen sind, als die tiefere politische Logik, die Macht und Wissen in der Konstruktion von regierbarem Territorium verbindet.

Trotzdem ist mir die Bemerkung über ‘Vertrauen’ im Kopf geblieben. Während meines Aufenthalts in Deutschland im Jahr 2006 habe ich mich entschlossen, eine Einladung nach Heidelberg als Gelegenheit zu nutzen, den Hintergrund zum Volkszählungsboykott mit dem Vokabular des ‘Vertrauens’ und ‘Misstrauens’ ein bisschen konsequenter durchzudenken, um zu sehen, was damit zu machen wäre. Es war also ein bewusst freischwebendes Gedankenexperiment, ohne unmittelbaren Bezug auf kritische politische Theorie. Der daraus entstandene Vortrag bildete dann die Basis für den Beitrag, der hier zur Diskussion steht. Ich hätte ihn anderswo in so einer provisorischen Form nicht zu veröffentlichen versucht, dachte aber, dass gerade ein Gedankenexperiment von eher provokativem Charakter dem Geist und der Struktur der SGD entspräche. Der Status als Gedankenexperiment erklärt, unter anderem, die von Reviewer 1 registrierte Tatsache, dass ich überhaupt relativ wenig Sekundärliteratur zitiere. Die Besprechungen zeigen deutlich, dass ich den Status des Gedankenexperiments sowie die eigene Positionierung dazu nicht ausreichend klar gemacht habe. Meines Erachtens ist das Gedankenexperiment aufgegangen, und sei es nur deswegen, weil mir beim Aufschreiben (und danach beim Lesen der Kommentare) eine Reihe von neuen Ideen gekommen ist. Als überzeugendes Argument aber kommt es leider nicht so gut heraus.

STRUKTUR DES ARGUMENTS

Die Gestaltung des Arguments bildet für beide Reviewer ein Problem. Zum Teil finde ich ihre kritische Bemerkungen durchaus berechtigt (siehe unten); zum Teil aber sind sie auch, wie Reviewer 2 meint, eine Frage von “zwei unterschiedlichen

S86

wissenschaftlichen Kulturen" (S. 83). Nur so lässt sich zum Beispiel erklären, dass mein Argument von Reviewer 2 als "pastiche, das eher impressionistischen Charakter hat", verstanden werden konnte (S. 75). Wie auch unter deutschsprachigen HumangeographInnen bekannt ist, zielen viele englischsprachige GeographInnen beim Aufschreiben von Forschungsergebnissen darauf ab, eine Geschichte zu erzählen, anstatt ein System auszulegen. Es geht also oft (wie bei der veröffentlichten Arbeit) eher um die Provokation oder das Einleuchten als um das definitive oder vollendete Abstecken eines Forschungsgegenstandes. Dabei bedienen sich viele amerikanische und britische KollegInnen aus der journalistischen Werkzeugkiste um ihre Geschichte zu strukturieren (typischerweise: einleitende 'human interest story' oder Alltagsszene, auf Englisch 'hook'; danach ein Wechselspiel zwischen theoretischen Fragen und empirischen Details; am Ende eine Wiederkehr zum alltäglichen Ausgangspunkt, aber mit tieferem Verständnis für dessen Hintergrund). Solche narrativen Strategien sind nicht 'systematisch' im klassischen Sinne (deswegen hat der Vorwurf 'journalistisch' unter vielen englischsprachigen KollegInnen seinen Biss praktisch verloren). Das heißt aber gerade nicht, dass solche Arbeiten keine Struktur haben. Mir erscheint der Unterschied zwischen den beiden wissenschaftlichen Stilen analog zum Unterschied zwischen einem Wanderrucksack mit sichtbarem Gestell (auf Englisch: 'external frame backpack') und einem mit unsichtbarem Gestell ('internal frame backpack'). Sie sehen im Grunde sehr unterschiedlich aus, aber in beiden Fällen gibt es wohl eine tragende Struktur, und die jeweiligen Strukturen sind einander am Ende eigentlich sehr ähnlich. Ich möchte hier den eigenen Beitrag nicht zum typischen Fallbeispiel für englischsprachige Humangeographie hochstilisieren, besonders angesichts dessen erheblicher Mängel. Aber 'pastiche' ist er bestimmt nicht. Die argumentative Logik lässt sich verbessern oder umstrukturieren, wie beide Reviewer meinen, deren Gliederung ist aber nicht besonders rätselhaft:

- (1) Allgemeine Positionierung des gesamten Forschungsprojekts
- (2) 'Hook' (Zitat von Hoimar v. Ditfurth über 'Vertrauen')

S87

- (3) Konzeptueller Hintergrund zur aktuellen Arbeit: Vertrauen und Misstrauen in Bezug auf klassische Staatsbürgerschaftstheorie (allgemeine Beziehung zwischen Staat und BürgerInnen)
- (4) Hauptvergleichskontext zur Volkszählung: spezifische, auf den Verwaltungsbereich bezogene Vertrauensverhältnisse zwischen Staat und BürgerInnen. Theoretischer Schwerpunkt: Gleichsetzung von Vertrauen und Anonymität als heuristische Strategie
- (5) Herz des Arguments: besondere Stellung einer Volkszählung im Vergleich mit anderen Formen von Staat-Bürger Interaktion in Bezug auf Anonymität, Vertrauen und Misstrauen
- (6) Nebenvergleichskontext 1: Rasterfahndung und Unschuldvermutung (informationspolitische Parallele mit einer Volkszählung)
- (7) Nebenvergleichskontext 2: politische Auseinandersetzungen über öffentlichen Raum (Parallele zwischen virtueller und körperlicher Informationspolitik)
- (8) Zusammenfassung und Ausblick auf Veränderungen im Konzept von Staatsbürgerschaft.

Offensichtlich (so bildete ich mir ein) ging es mir um das abstrakte Lokalisieren oder Kartieren der modernen Volkszählung als einer unter mehreren allgemeinen Formen von Staat-Bürger-Interaktion. Das 'Ermessungsprinzip' des Vergleichs bildete die Konstellation von staatlichem Vertrauen oder Misstrauen gegenüber den BürgerInnen, die jede Form von Beziehung zwischen Staat und Bürger in einer bestimmte Weise auszeichnet. Der zweite und dritte Vergleichskontext (Rasterfahndung und öffentlicher Raum) wurden vorgeführt, um die informationspolitischen Probleme, die der Volkszählungen 83 und 87 anhafteten, sichtbarer zu machen als allgemeine Probleme, die die Grenzen zwischen Kriminalität und Normalität, bzw. zwischen virtuellem Dossier und physischem Körper als Regierungsgegenstände, tendenziell verwischen. Vor diesem Hintergrund wird etwas wie ein Volkszählungsboykott verständlicher: dies ist das Haupt-

S88

resultat der Arbeit. Es gab in der veröffentlichten Arbeit also doch ein einigermaßen systematisches, strukturiertes Argument. Das Argument vermochte aber die Reviewer nicht zu überzeugen.

'GEOGRAPHIE'

Warum nenne ich das alles 'Geographie'? Reviewer 1 stuft die Unklarheiten in meiner Verwendung vom Wort 'Geographie' als Problem vom ersten Rang ein. (Interactive Comment, Ss. 2-4). Daran schließt er/sie die Kritiken von Doreen Massey, Neil Smith und Cindy Katz an, die mit der Frage, "Why call it space?" einen Berührungspunkt zu den anhaltenden deutschsprachigen Debatten über die Gefahren von unterspezifizierten Raumbegriffen herstellen. (siehe u.a. Schlottmann 2005). Ich finde diese Problematik interessant, aber sie raubt mir nicht den Schlaf. Meines Erachtens entspricht eine breite, flexible Definition von 'Geographie', die metaphorische sowie indikative Auslegungen zulässt, durchaus dem disziplin-übergreifenden Zustand der akademischen (human-)geographischen Praxis. Ich verwende das Wort in der Tat sowohl metaphorisch als auch (in der zweiten Hälfte der Arbeit) indikativ. 'Geographie' heißt für mich in diesem Kontext 'geordnete Arrangements bzw. Anordnung von Verhältnissen zwischen elektronischen Repräsentationen oder menschlichem Körper, Verhältnisse wie Getrenntheit, Verbundenheit, Zusammenschluss, Zugang, Ausschluss.' Ferner möchte ich Fragen von 'Privatheit' und 'Öffentlichkeit' mit einschließen. Zugegeben, ich hätte dies auch mit anderen Begriffen wie 'Anordnung', 'Arrangement' oder 'Assemblage' bezeichnen können. Das Wort 'Geographie' empfiehlt sich vor allem deswegen, weil es die Aufmerksamkeit nicht nur auf die Unterschiede sondern auch auf die Gemeinsamkeiten und Artikulationen zwischen körperlichen und elektronischen/virtuellen Ordnungen lenkt (wie zum Beispiel die Parallele zwischen Datenschutz und Vermummung). 'Wo wir sind' als Menschen ist längst nicht mehr bloß eine physische Frage, wie Adams mit seiner einsichtsreichen Weiterentwicklung von Time-Geographie zeigt (Adams 1995). Daher signalisieren Begriffe wie 'Freiheit' oder 'Repression' oft komplizierte Beziehungen zwischen Körper und verschiedenen 'Codes'

S89

(Dodge and Kitchin 2005). Die Welt von elektronischen Codes als eine Art Geographie zu beschreiben heißt die Tatsache hervorzuheben, dass die Strukturen dieser Welt genauso differenziert und 'kartierbar' sind wie die der körperlichen Welt. Wir müssen als kritische GeographInnen auf die Verbindungen zwischen den beiden strukturierten Ordnungen näher eingehen, um adäquate Bilder von modernen Machtbeziehungen liefern zu können.

STAATSTHEORIE UND BRD-POLITIK

Die schwerwiegendsten Schwächen im eigenen Beitrag haben meines Erachtens nichts mit dem Wort 'Geographie' zu tun, sondern mit Fragen von staats-theoretischer Positionierung, BRD-Politik und vor allem mit dem Begriff 'Vertrauen'. Der Versuch von Reviewer 1, irgendeine Spur von einer nicht-affirmativen Staatstheorie zu entdecken (trotz prominenter Erwähnung von Foucault am Anfang), deutet den ersten Fehler an. Diese Suche ist deswegen erfolglos geblieben, weil ich solche Theorien einfach zur Seite gelassen habe. Die Absätze am Anfang der Arbeit, die mit 'territorialer Herrschaft' und Foucault zu tun haben, meinte ich als allgemeine Kontextsetzung für das umrahmende Projekt, nicht als spezifische Einleitung zum darauf folgenden Argument. Ich hätte das viel deutlicher machen sollen. Die Tatsache, dass ich die kritisch-theoretische Herangehensweise vorübergehend ausklammern wollte, ohne das aber klar zu machen, war also der erste Fehler. Der zweite bestand darin, dass ich eine irreführende implizite Darstellung von westdeutscher politischer Realität lieferte, besonders in der Periode, die der Eskalationen der späten 70er Jahren vorausgeht. Da ich ein idealisiertes Modell von der gegenseitigen Beziehung zwischen Staat und Bürger als Folie ausgehängt habe, wogegen die zugespitzte Auseinandersetzungen der späten 70er und früher 80er Jahren als Abweichung oder Verschiebung präsentiert worden sind, erweckte ich den Eindruck, als habe eine solche 'gesunde' Beziehung vor dieser Periode tatsächlich existiert. In diesem Kontext, und auch angesichts der Erwähnung von Foucault am Anfang, ist mein Umgang mit dem Wort 'Normalität', wie Reviewer 1 meint, in der Tat "mindestens fahrlässig." (Interactive Com-

S90

ment, S.5). Inwiefern westdeutsche politische Verhältnisse damals als "demokratisch", "rechtsstaatlich" bzw. "autoritär" zu bewerten wären, bleibt bis heute umstritten (siehe u.a. Cobler 1978; Sontheimer 1999; Gössner 1998). Modellhaft oder ideal waren sie jedenfalls nicht, sonst ließen sich weder die Vielfalt noch die Energie von systemkritischen politischen Protesten, Schriften und sonstigen Aktivitäten zu dieser Zeit erklären (Markovitz und Gorski 1997; Koopmans 1993; Hannover und Wallraff 1982; Mayer-Tasch 1976).

Dass ich den höchst umstrittenen Charakter der damaligen bundesdeutschen politischen Realität einfach als objektiven Hintergrundzustand angenommen habe, erklärt die Verbindungen, die ich im Laufe des Arguments zwischen der Volkszählung und Fragen von RAF, Rasterfahndung, Vermummungsverbote usw. herstellte. Reviewer 2 verweist aber darauf, dass solche Verbindungen damals (wie heute) diskursive Produkte waren, und behauptet, dass sie weniger wichtig wären für viele BoykotteurInnen, als man aus der Berichterstattung hätte erfahren können (S. 82). Daher empfiehlt mir Reviewer 2, dass ich "eine genauere und neutralere Analyse des Volkszählungsdiskurses in der damaligen Presse" unternehme. Wie unten ausgelegt, finde ich diesen Vorschlag sehr hilfreich. Es ist wahr, dass die Verbindung zwischen Volkszählung und sicherheitsstaatlicher Überreaktion gegen Feindbild-Terrorismus eine medial konstruierte war. Dabei muss man aber auch erkennen, dass diese konstruierte Verbindung nicht bloß eine strategische Erfindung war, die nur einer kleinen Minderheit unter den BoykotteurInnen relevant schien. Auch Staatspersonal hat zu der Konstruktion einer solchen Verbindung beigetragen, besonders im Jahr 1987, als mehrere Boykott-AktivistInnen in die anti-Terror APIS-Datei eingetragen worden sind, während CDU Politiker das Boykottieren als ersten Schritt in Richtung Terrorismus witterten.

'VERTRAUEN'

Die ersten beiden Probleme mit der Arbeit halten sich in Grenzen, so dass ich die notwendigen Veränderungen machen könnte, ohne das Argument insgesamt preiszugeben oder umzustürzen. Beim dritten und wichtigsten kritischen Punkt ist die

S91

Lage vielleicht anders. Insofern ist dieser dritte Mangel entscheidend. So wie ich die Kommentaren verstanden habe, gibt es drei verschiedene aber miteinander verbundene Hauptprobleme mit meiner Verwendung vom Wort 'Vertrauen': (1) eine Verwechslung von persönlichen und unpersönlichen Beziehungen zwischen BürgerInnen und Staatsapparat; (2) eine irreführende Unklarheit darüber, genau welche 'Richtung' von Vertrauen ich als Gegenstand der Analyse aufgenommen habe; und (3) eine wenig überzeugende Gleichsetzung von Vertrauen und staatlichem Verzicht auf Wissen. Ich finde die ersten beiden Kritiken berechtigt, die dritte eher nicht.

Das erste Problem hängt mit einem vereinfachten Gebrauch vom Begriff 'Staat' zusammen. Beim Ausklammern von kritischer Staatstheorie sowie bei der impliziten Darstellung von den damaligen bundesdeutschen politischen Verhältnissen habe ich einen viel zu einheitlichen Konzept von 'Staat' verwendet, das dessen fragmentierte, bruchstückhafte Struktur und interne Spannungen ausblendet. Ich reduziere den Staat, laut Reviewer 2, "zu sehr auf einen holzschnittartigen individualisierten und willensbasierten Handlungsträger" (S.78). Ein einheitliches Bild vom Staat (dazu auch Übersetzungsschwierigkeiten bezüglich des Wortes 'Vertrauen') haben es mir dann leichter gemacht, von unangemessenen weil personifizierten 'Vertrauens'-Verhältnissen zu schreiben. Dazu kam noch ein dritter Faktor ins Spiel, den weder Reviewer 1 noch Reviewer 2 erwähnt, der aber eigentlich für mich entscheidend war: die Propaganda, die beide Volkszählungsboykottbewegungen begleitete, sprach auch oft vom (einheitlichen) Staat, und personifizierte ihn als misstrauisch gegenüber 'Risikofaktor Mensch' und daher selbst nicht vertrauenswürdig. Die Bundesregierung hat daraufhin ihrerseits in einer Gegenkampagne versucht, sich selbst als vertrauenswürdig zu personifizieren. Die Sache war noch komplizierter: es gab innerhalb der Boykottbewegung heftige Kritik gegen den Vertrauendiskurs, gegen die Personifizierung der Bedrohung, die von der Volkszählung ausging. Die Dämonisierung von Staatspersonal als nicht vertrauenswürdig Betreiber von Datenmissbrauch, so diese Argumentationslinie, unterstützte die irreführende Annahme, dass persönliche Korruption oder Willkür und nicht das 'normale' Verwaltungsgeschäft selbst das Hauptproblem darstelle. Wie

S92

dieser vielschichtigen Streit über Vertrauen damals geführt wurde und wie 'Vertrauen' dadurch diskursiv konstruiert wurde, sind Fragen, die sich als Schwerpunkte einer möglichen Revision der Arbeit (siehe unten) anbieten.

Das zweite Problem beim Einsatz des Wortes 'Vertrauen', mit dem besonders Reviewer 2 große Schwierigkeiten hatte, betrifft die Richtung von Vertrauen, die ich im Auge hatte. Reviewer 2 meint zu Recht, dass meine Wortwahl bei der Beschreibung von Interaktionen zwischen Staat und Bürger konfus sei. Ich schrieb von der "wechselseitigen Vertrauensbeziehung" zwischen den beiden, und es stimmt, dass ich die Asymmetrien in dieser Beziehung damit unterschlage (S. 78). Dies ist aber nur ein Teil eines größeren Problems. Am Anfang der Arbeit stellte ich die Boykottbewegungen als Ausdruck eines kollektiven Entzugs von Staatsvertrauen unter den BürgerInnen dar. Diesen Entzug schrieb ich gleich danach einem vorausgehenden oder schon existierenden Mangel an Bürgervertrauen seitens des Staates zu, der wiederum (zugegeben, eher zu vereinfacht) mit dem Thema RAF-Terror verknüpft wurde. Was im nachfolgenden Verlauf des Arguments verloren ging (weil ich sie nicht betonte) ist die Tatsache, dass der Hauptgegenstand der Arbeit das zweite Vertrauensverhältnis war, nicht das erste. Das heißt, das Gedankenexperiment bestand vor allem darin, den Mangel an Bürgervertrauen seitens des Staates durchzudenken, nicht den Mangel an Staatsvertrauen seitens der BürgerInnen. Letzteres bleibt mein Hauptanliegen, nicht aber der Schwerpunkt des veröffentlichten Beitrags.

Neben ihre Kritiken an Personifizierungen und Unklarheiten über die Richtung haben beide Reviewers starke Bedenken dazu geäußert, wie ich 'Vertrauen' inhaltlich definiert habe. Kern des Gedankenexperiments war es, Vertrauen seitens des Staates mit Anonymität der BürgerInnen gleichzusetzen. Diese Äquivalenz bildete der Drehpunkt der Arbeit. Zugegeben, deren Gültigkeitsgrenzen müssten genauer spezifiziert werden. Zum Beispiel ist 'Vertrauen' für mich keine 'abstrakte' und erst recht keine überlegte oder beabsichtigte, sondern nur eine technisch-praktische Staatshaltung; diese praktische Staatshaltung mag mit den persönlichen Einstellungen von Staatspersonal

S93

übereinstimmen, muss aber nicht. Hier hat Reviewer 2 sehr hilfreich auf eine Übersetzungsschwierigkeit beim Begriff 'Vertrauen' ('trust' vs. 'confidence' auf Englisch) verwiesen. Davon, dass es sich trotz Qualifizierungen lohnt, Vertrauen und Anonymität innerhalb gewisser Grenzen und mit entsprechender Sorgfalt bei der Übersetzung als äquivalent zu beschreiben, bin ich aber nach wie vor überzeugt. Um mit Giddens zu sprechen, haben die Volkszählungsboykottbewegungen die Frage von 'confidence' in eine Frage von 'trust' verwandelt. Mir bleibt die Idee von Vertrauen als Verzicht auf Wissen sehr einleuchtend, besonders weil sie einem erlaubt, die staatliche Aktivität 'Volkszählung' in einer Weise neben andere Aktivitäten einzureihen, die die relativ 'günstige' informationspolitische Bedingungen für Widerstand gegen eine Volkszählung sichtbar lassen werden (ganz abgesehen davon, ob man solchen Widerstand als positiv oder negativ bewertet).

Die Reviewer bemängeln diese Idee dagegen. Reviewer 2 empfiehlt mir sogar, "auf den konfusen und sehr willkürlichen Vergleich zu anderen Staat-Bürger-Beziehungen verzichten und stattdessen das Thema selbst detaillierter anzugehen." (S. 81). Diese Staat-Bürger-Beziehungen bildeten in der veröffentlichten Arbeit aber eigentlich "das Thema selbst". Dass das nicht erkennbar ist, zeigt wie schwerwiegend das oben erwähnte Problem bezüglich der 'Richtung' von Vertrauen war. Es gibt andere mögliche Fragen, mit denen ich hätte konfrontiert werden können. Ist es nicht doch der Fall, dass die Formen von Information, die für die verschiedenen Interaktionen relevant sind, eigentlich wenig miteinander zu tun haben? Doch, genau das haben viele Volkszählungsgegner bestritten. Je mehr die gemeinsame digitale Form von verschiedenen Datenbeständen durch technische Innovationen immer schneller und einfacher Vervielfachung, Kommunikation, und Zusammenführung von Daten erlaubt, desto weniger werden sich verschiedene staatliche Instanzen (oder aber auch Firmen) von herkömmlichen Prinzipien der 'gebrauchsspezifischen' Daten eingehemmt fühlen müssen. Genau deswegen sind Datenschutzgesetze und dergleichen seit den 1970er Jahren in der Bundesrepublik und anderswo beschlossen und ständig revidiert worden. (Flaherty 1989)

S94

Reviewer 1 geht auf dieses Problemfeld ein bisschen detaillierter ein. Auf Seite 7 scheint Reviewer 1 auf eine durchaus affirmative Staatstheorie sowie die herkömmliche Idee von gebrauchsspezifischen Datensorten zu rekurrieren, um die Gleichsetzung von Vertrauen und Anonymität in Frage zu stellen. Da unterscheidet er/sie strikt zwischen Datensammlung für 'Prävention' einerseits und der Frage nach Schuld und Unschuld als einer rein strafrechtlichen andererseits. Die empfundene Verwischung dieser Kategorien bildete aber in den 80er Jahren einen der wichtigsten Ausgangspunkte für Auseinandersetzungen wie dem Volkszählungsboykott: viele Leute fühlten sich wie kriminalisierte Schuldige behandelt aufgrund angeblich rein 'präventiv' gesammelter Informationen. Die Grenzen zwischen verwaltungstechnisch 'verdächtig' und strafrechtlich 'schuldig' schienen vielen nicht so klar. Auf derselben Seite zweifelt Reviewer 1 meine Behauptung stark an, dass die 'nur teilweise und lückenhafte' Identifizierung von Einzelnen als ein Verzicht auf Wissen zu verstehen sei: "Viele Daten sind für den Staat nach wie vor uninteressant - das ist aber kein Verzicht." Diese Interpretation verkennt die Logik von Sicherheits-Denken in Zeiten wie den spät 70er und frühen 80er Jahren in der BRD (oder heutzutage in den USA). Insofern ein Sicherheitsdiskurs die Aktivitäten des Staatsapparats steuert, gibt es aus staatlicher Sicht prinzipiell keine wesentlich belanglosen Daten. Die Tatsache, dass das "Anhäufen von Datenmassen" (Interactive Comment S.7), das Horst Herold und seine Nachfolger so konsequent vorantrieben, auch Jahre nach dem 'deutschen Herbst' fortgesetzt wurde, bleibt unverstänlich, solange man an der Idee festhält, staatliche Institutionen wüssten schon genau welche Sorten von Information sie brauchen und welche nicht. Kurz: der Staat kann zwischen 'interessanten' und 'uninteressanten' Daten erst, wenn überhaupt, im Nachhinein unterscheiden. Alle Daten könnten sich als relevant zu noch unvorausgesehenen Bedrohungen erweisen. Das heißt nicht, dass buchstäblich alle möglichen Datensorten mit gleichem Enthusiasmus gesammelt werden, und es gibt noch viele Datenquellen, die noch nicht angezapft worden sind. Insofern hat Reviewer 1 Recht. Die langfristige Tendenz ist aber (besonders angesichts der seit den 1970er Jahren beschleunigenden Leichtigkeit, mit der elektronischen Daten gespeichert und

S95

bearbeitet werden können), dass staatliche Instanzen immer mehr Datensorten als potentiell relevant ansehen. Diese Sicherheitslogik erklärt den unablässigen Druck von Seiten der staatlichen Instanzen über Jahrzehnten hinweg, die legalen und verfassungsgestützte Trennung zwischen verschiedenen zweckbezogenen Datenbestände aufzuheben oder mindestens zu durchsieben. In diesem Zusammenhang ist es kein Zufall, dass heutige Kritik an Plänen, verschiedene Verwaltungsdatenbestände, zum Beispiel Mautdaten, den Sicherheitsinstanzen zugänglich zu machen, sich oft auf die Prinzipien des Volkszählungsurteils von 1983 bezieht (Mies 2005; Gössner 2006; Gebauer 2007).

Soviel zur argumentativen Unterstützung der Gleichsetzung von 'Vertrauen' und staatlichem Verzicht auf Wissen. Wie überzeugend das auch sein mag, am wichtigsten scheint mir, dass eine Gleichsetzung von etwas, was man 'Vertrauen' nannte und dem staatlichen Verzicht auf Wissen von vielen Volkszählungsgegner selbst sowohl sprachlich als auch durch ihre Aktivitäten vollzogen worden ist. Wie bei dem oben angedeuteten ersten Problem mit dem Wort 'Vertrauen' (seine Abhängigkeit von einem einheitlichen, personifizierten Staatsbild), folge ich hier der Praxis der Bewegungen. Das ist schließlich die Ur-Kritik, die sich aus den spezifischen Punkten der Reviewer sowie aus meinen Antworten darauf herauslesen lässt: ich selbst habe viele Annahmen und Denkrichtungen übernommen, die aus den Bewegungen stammen, ohne aber auf deren Herkunft in den Bewegungsdiskursen detailliert einzugehen. Stattdessen baute ich einen frei schwebenden konzeptuellen Rahmen, der mir zwar erlaubte, zu einigen wichtigen Einsichten zu gelangen, jedoch ohne das diskursive Fundament zu erhellen.

WAS ZU TUN BLEIBT

Wie sollte ich die Arbeit umgestalten? Beide Reviewer machen nützliche Vorschläge. Einig sind sie sich in zwei Punkten: erstens müsse ich den theoretischen Rahmen viel überzeugender auslegen, zweitens solle ich viel mehr auf die Volkszählungsboykottbewegungen selbst Bezug nehmen. Ich stimme beiden Vorschlägen angesichts der oben

S96

ausgelegten Interpretation von den Kommentaren völlig zu. Die Frage, wie nun genau die notwendigen theoretischen Veränderungen am besten zu machen wären, wäre je nach Priorität zu beantworten. Es spricht viel dafür, wie Reviewer 2 meint, entweder einen Foucault'schen machtanalytischen oder einen handlungstheoretischen Rahmen für die empirische Materie zu entwickeln. Erstere bleibt die theoretische Linse für die Erforschung der Volkszählungsboykottbewegungen insgesamt. Reviewer 2 stellt fest, dass der amerikanische Diskurs, in dem ich arbeite, heute "noch" marxistisch-strukturelle Ansätze bevorzugt (mir stellt sich interessanterweise die implizierte zeitliche Serie umgekehrt dar: die deutschsprachige Geographie bedient sich "noch" der handlungstheoretischen Werkzeugkiste... ein Thema für eine andere Zeit). Jedenfalls bevorzuge ich in der Tat die Foucault'schen Kategorien. Mir scheint es aber besser, diesen Rahmen anderswo auszulegen. Das Thema 'Vertrauen' bleibt für mich eine interessante Nebensache, die sich außerdem (wie Reviewer 2 meint) nicht unmittelbar an die Foucault'schen machttheoretischen Kategorien anknüpfen lässt. Eher ist das Wort ein Fall für eine relativ unkomplizierte diskursanalytische Interpretation. Die revidierte Arbeit möchte ich daher der umstrittenen Konstruktion vom Begriff 'Vertrauen' im Laufe der Boykottbewegungen selbst widmen.

Ich bedanke mich erneut ganz herzlich bei den Reviewern, die auf wichtige Probleme und Aporien in meinem Aufsatz hingewiesen haben. Hoffentlich werden ihnen die geplanten Überarbeitungen überzeugender vorkommen.

LITERATUR

Adams, P.C. (1995): "A reconsideration of personal boundaries in space-time", *Annals of the Association of American Geographers* 85(2): 267-285.

Cobler, S. (1978): *Law, Order and Politics in West Germany*. Übers. F. McDonagh. New York: Penguin.

Dodge, M. und Kitchin, R. (2005): "Code and the Transduction of Space". *Annals of the Association of American Geographers* 95(1): 162-180.

S97

Flaherty, D. (1989): *Protecting Privacy in Surveillance Societies: The Federal Republic of Germany, Sweden, France, Canada & The United States*. Chapel Hill, NC: University of North Carolina Press.

Foucault, M. (1980): "Powers and strategies", in M. Foucault, *Power/Knowledge: Selected Interviews and Other Writings*. Hrsg. C. Gordon. New York: Pantheon, Ss. 134-145.

Gebauer, M. (2007): "Große Koalition der Datenjäger". *Spiegel Online* 2.4.2007. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,475255,00.html>. Zugriff: 2.4.2007.

Gössner, R. (1998): *Die vergessenen Justizopfer des kalten Krieges*. Berlin: AtV.

Gössner, R. (2006): "Es wächst zusammen, was nicht zusammen gehört." Rede zur Verleihung des Big Brother Awards 2006. *Frankfurter Rundschau - Online*, 23-10-2006. http://www.fr-aktuell.de/in_und_ausland/dokumentation/?em_cnt=994927. Zugriff: 23.10.2006.

Hannover, H. und Wallraff, G. (1984): *Die unheimliche Republik: politische Verfolgung in der Bundesrepublik*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Hubert, E. (1983): "Politiker fragen - Bürger antworten nicht! Die Boykottbewegung gegen die Volkszählung". In J. Taeger, Hrsg., *Die Volkszählung*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, Ss. 254-266.

Koopmans, R. (1993): "The Dynamics of protest waves: West Germany, 1965 to 1989". *American Sociological Review* 58: 637-658.

Markovits, A. und Gorski, P. (1997): *Grün schlägt Rot: Die deutsche Linke nach 1945*. Übers. I. Utz. Hamburg: Rotbuch.

Mayer-Tasch, P.C. (1976): *Die Bürgerinitiativbewegung*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Schlottmann, A. (2005): *RaumSprache: Ost-West Differenzen in der Berichterstattung*

S98

zur deutschen Einheit. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.

Mies, P. (2005): "Polizei hat keinen Zugriff". Frankfurter Rundschau - Online, 29.11.2005. http://www.fr-aktuell.de/ressorts/nachrichten_und_politik/nachrichten/?cnt=763379. Zugriff: 29.11.2005.

Sontheimer, K. (1999): So war Deutschland nie: Anmerkungen zur politischen Kultur der Bundesrepublik. München: C.H. Beck.

Interactive comment on Soc. Geogr. Discuss., 3, 57, 2007.